

Zwischenbilanz

P.R. Die SPD befindet sich z.Z. in einer Auseinandersetzung dreifacher Art: Sie ist bemüht, der notwendig gewordenen provisorischen Neuordnung Westdeutschlands soviel wie möglich von ihren Vorstellungen über die zweckmäßigste Form einer solchen Verwaltungsmaschinerie mitzugeben; sie führt einen Kampf gegen die bis zur Gewissenlosigkeit unsoziale Praxis des Verwaltungsamtes für Wirtschaft und sie arbeitet mit allen Kräften an der Hilfe für das schwer notleidende Berlin. Diese Fragen standen auch im Mittelpunkt der Beratungen des Parteivorstandes der SPD im Viktor Adler-Haus in Springe bei Hannover.

Die politischen Fronten, die sich dabei entwickelt haben, sind seltsam genug, sie sind sogar in gewissem Maße widerspruchsvoll. Es hat sich in den verschiedenen Phasen der Bemühungen, die zur schließlichen Einigung in Frankfurt führten, gezeigt, daß es in vielen wesentlichen Fragen durchaus möglich war, mit der anderen großen Partei, der CDU, zu gemeinsamen Auffassungen zu kommen, als es darum ging, diese Auffassungen möglichst weitgehend gegenüber anders gearteten Vorstellungen der Besatzungsmächte durchzusetzen. Dabei ist es in diesem Zusammenhang zunächst sekundär, wie weit das gelungen ist. In der zweiten Auseinandersetzung, der um die Wirtschaftsgestaltung, ist aber der Gegner klar und eindeutig die CDU, die den Kurs bestimmt. Im Falle Berlin schließlich ficht die Partei, vor allem die Berliner Organisation, sozusagen mit den westlichen Besatzungsmächten Seite an Seite gegen die kommunistische SED und ihren Auftraggeber, die Sowjetunion. Der westlich orientierten CDU und LDF in Berlin kommt dabei nur die Bedeutung von Hilfstruppen zu.

Das Zusammengehen mit dem jeweiligen Partner in der einen Auseinandersetzung hat keine entsprechenden Rückwirkungen auf das Verhältnis zu ihm in der anderen Auseinandersetzung gehabt: Das Zusammengehen mit den Westalliierten in Berlin hat diese nur sehr bedingt zu entsprechenden politischen Schlußfolgerungen in Westdeutschland veranlaßt. Und die relative Einigkeit mit der CDU in eben dieser politischen Frage hat nicht die Möglichkeit gegeben, sich auch nur entfernt mit der wirtschaftlichen Praxis dieser Partei, bzw. ihrer Führung, einverstanden zu erklären.

Vielleicht haben gewisse Kreise, die auf die SPD nicht gut zu sprechen sind, gehofft, daß diese Zwiespältigkeit der politischen Situation abträgliche Folgen für die Geschlossenheit der Partei haben werde. Vielleicht haben manche westalliierten Politiker voll Spannung auf die Wirkungen der Tatsache gewartet, daß die Londoner Empfehlungen die Frage der Neufestsetzung der innerdeutschen Grenzen aufwarfen. Vielleicht haben schließlich einige bürgerliche Politiker gehofft, die

Kooperation in der westlichen Frage werde wenigstens Teilen der SPD den scharfen Kampf gegen die wirtschaftliche Freibeuter-Politik der Christlichen Demokraten erschweren und damit Uneinigkeit in die Reihen der SPD bringen. Alle diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Die SPD ist zu jedem anständigen Kompromiß bereit, aber sie bringt dem taktischen Vorteil kein Überzeugungsoffer. Sie tut das vor allem nicht, weil diese Methode im Moment vielleicht bequem sein kann, auf lange Sicht gesehen aber sich nie bezahlt. Außer den angeführten Möglichkeiten gab es in letzter Zeit übrigens noch die Gerüchte um einen "undoktrinären Flügel" der SPD, der in erheblicher Distanz von der Parteileitung nach eigenem Geschmack operieren sollte. Von den angeblich Beteiligten sind diese Behauptungen sehr nachdrücklich dementiert worden, aber das bohrende Forschen der durch solche Klarstellung Enttäuschten läßt nicht nach - es wäre zu schön, aber es hat nicht sollen sein.

Hoffnungen der gleichen Art haben sich aber vor allem an gewisse Auffassungsunterschiede innerhalb des maßgebenden Kreises der SPD zur Frage der Frankfurter Einigung geknüpft. Um die Dinge auf die knappste Formel zu bringen: Carlo Schmid, Tübingen war und ist nicht der Meinung, die schließliche Lösung sei im Prinzip durchaus mit den Koblenzer Beschlüssen in Einklang zu bringen, und Hermann Lüdemann, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, hätte aus der besonderen Notlage seines Landes heraus gern eine sofortige Inangriffnahme des ganzen Ländergrenzenproblems gewünscht. Beide sind auch in Sprunge noch einmal zu ihrer Auffassung zu Wort gekommen, der Parteivorstand hat aber ausdrücklich die Politik gebilligt, die zum Kompromiß führte. Damit war der Fall ausgetragen - ein alltäglicher Vorgang im Leben einer Partei, in der Entscheidungen durch Diskussionen und nicht durch Dekret gefunden werden und in der die freie Meinung wichtigster Bestandteil ihres Lebensgesetzes ist.

Das Gebot, schnell zu handeln, wird die Arbeit der SPD in den kommenden Wochen und Monaten im besonderen Maße bestimmen. Die Hilfe für Berlin verträgt keinen Aufschub, die Revision der gegerwartigen Preispolitik des Wirtschaftsministeriums muß sehr bald kommen. Am 1. September soll der Parlamentarische Rat gebildet sein, allgemeine Wahlen rücken ins Blickfeld. Vor dem diesjährigen Parteitag wird der Parteivorstand noch einmal am 27. und 28. August zur letzten politischen Vorbereitung der Tage in Düsseldorf zusammentreten. Die politische Ausgangsbasis für dieses große Arbeitsprogramm der Partei ist günstig und die Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht, sind wahrhaft lohnend.

Worum der Wahlkampf in Amerika geht

Von S. Aufhäuser, New York

Die Wahlkampagne um den Präsidenten und den Kongreß hat eingesetzt. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen gingen diesmal tiefer als sonst. Die Republikanische Partei hat den Rest von Isolationismus überwunden und sich außenpolitisch zu einem weltweiten Internationalismus bekannt. Die Demokraten haben sich zu einer entschieden liberalen Innenpolitik mit sozialem Einschlag im Sinne von Franklin D. Roosevelt zurückgefunden. Die dadurch bedingte Abspaltung gewisser südlicher Demokraten-Gruppen mit konservativer Einstellung wurde in Kauf genommen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen der Nachkriegszeit finden in den beiden zum Wahlkampf angenommenen Plattformen der Republikaner und Demokraten ihren Ausdruck, während die Außenpolitik keine nennenswerten Gegensätze aufzuweisen hat. Ein sichtbarer Unterschied offenbart sich in den Methoden der Wahlpropaganda. Die Republikaner führen die Kampagne hauptsächlich auf der Basis der persönlichen Qualifikation ihrer Kandidaten Thomas E. Dewey als Präsident und Earl Warren als Vizepräsident. Starke Persönlichkeiten sollen ein neues Blatt der Geschichte aufschlagen. Die Demokraten dagegen stützen sich auf Geschichte und Tradition ihrer Partei, um Harry Truman und Alben W. Barkley als die Exponenten einer erprobten liberal-demokratischen Bewegung zu empfehlen. Wenn auch allgemein keine strenge sozial-wirtschaftliche Scheidung zwischen beiden Parteien besteht, so setzen doch Industrie und Börse ihre Hoffnungen vorwiegend auf die Republikanische Partei, während die Arbeiter zu den Demokraten neigen. Die beiden Wahlplattformen sind entsprechend ausgerichtet. Die Demokraten (D) versprechen Steuerermäßigung, sofern das Budget ausgeglichen ist, wobei die unteren Einkommensklassen bevorzugt werden. Die Republikaner (R) halten den Steuerabbau zur Entlastung der Betriebe für notwendig. Die D. verlangen Ausbau der Sozialversicherung und Ergänzung durch öffentliche Krankenkassen. Die R. erwähnen Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Die Plattform der D. enthält das Versprechen einer Aufhebung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes (Taft-Hartley), während die R. in dem Gesetz ihren Erfolg sehen.

Im Kampf gegen die Inflation halten die D. eine antliche Preiskontrolle für unerlässlich, während die R. staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ablehnen und den Abbau des Behördenapparates als Mittel gegen die Inflation empfehlen.

Zur Wohnungsfrage wollen die D. Aufrechterhaltung der Mietskontrolle und gemeinnützigen Wohnungsbau. Die R. legen auch im Bauwesen den Hauptwert auf die private Initiative. Zur Stützung der Landwirtschaft gehen die D. in der Farmer-Subventionierung weiter als die R. Die Unterschiede in der Veteranenfürsorge sind nicht prinzipieller Art. Der neue Staat Israel wird von beiden Parteien anerkannt, doch verlangen die D. außerdem die Aufhebung des Waffen-Embargo. Die Unterschiede zur Stärkung der Landesverteidigung sind technischer Art.

Das Außenhandelsprogramm enthält bei den D. das Bekenntnis zum Freihandel, während die R. zum Abbau der Zollschranken mit Rücksicht auf die heimische Industrie zurückhaltend sind. Die Bundeshilfe für Schul- und Erziehungszwecke ist nur in der Plattform der D. enthalten.

In den gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Kommunisten und ihren staatsfeindlichen Bestrebungen gehen die R. weiter als die D.

Zur Zeit spielt sich in einer Sondersitzung des Kongresses eine erste Wahlschlacht ab, da Truman noch vor dem alten Kongreß sofortige Anti-Inflationsmaßnahmen verlangt, um durch die Neueinführung der Preiskontrolle und teilweise Rationierung der knapp gewordenen Grundstoffe für die Industrie eine weitere Teuerung zu unterbinden. Die republikanische Mehrheit des 80. Kongresses wird das schon einmal abgelehnte Truman-Programm auch diesmal verwerfen.

Nach den Sozialdemokraten die Kleinen Landwirte

sp. Mit dem Rücktritt des ungarischen Staatspräsidenten Tildy beginnt der Liquidierungsprozeß der Kleinlandwirte-Partei. Dieser Prozeß erinnert an die Liquidierung der ungarischen Sozialdemokratie, die von früheren Sekretär der ungarischen sozialdemokratischen Partei, Dr. Gyula Antal, kürzlich eingehend geschildert wurde. Dr. Antal war es im Februar dieses Jahres gelungen, sich dem Zugriff der kommunistischen Polizei zu entziehen und ins Ausland zu flüchten. Seinen Schilderungen entnehmen wir u.a.:

Zu Beginn des Horthysystems betrug die Mitgliederzahl der Sozialdemokratie 70 - 80.000, die der Kommunisten 3 - 4.000. Nach der Wahl, als die Kleinbauernpartei die absolute Majorität im Reichstag erreichte und die Sozialdemokraten 40.000 Stimmen mehr hatten als die Kommunisten, ließ Marschall Woroschilow die entscheidenden Instanzen persönlich wissen, daß die Russen einen Kommunisten als Innenminister wünschten. Die sozialdemokratischen Polizeibeamten wurden entlassen. Die neu organisierten Polizeitruppen bestanden jetzt aus neu ausgebildeten Kommunisten. Um die Sozialdemokratie zu vernichten, setzte man Intrigen gegen die hervorragendsten leitenden Personen der Partei in Szene. Als der Industrieminister Ban krank wurde, wurde eine falsche "Anklage" gegen ihn konstruiert. Ein weiteres Opfer war der leitende Parteimann Gyula Kelenen, wohlbekannt als alter Sozialdemokrat und Staatssekretär im Industrieministerium. Er wurde verhaftet und unter falschen Angaben zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Man kann, der in der Geschichte ungarischer Ungarns-Führerrollenfiguren wird, ist Vizepräsident Imre Szekessy, einer der betrüblichsten Gestalten innerhalb der ungarischen Arbeiterbewegung. Eine andere übliche Figur war Marossan, der am eifrigsten nach einer Selbstaufgabe strebte. Die Wahl am 31. August 1947 war je nur der Auftakt zu den Ereignissen, die folgen sollten. Durch ein Wahlsystem, bei dem man mit Hilfe von sorgsam beschriebenen Zetteln ermöglichen konnte, daß ein und dieselbe Person 20-mal mehr stimmen konnte, "eroberten" die Kommunisten Hun-Verttausende von falschen Stimmen. Gleichzeitig waren unter verschiedenen Beschuldigungen 60.000 Sozialdemokraten, Kleinbauernparteiern ausgeschlossen. Dreizehn erreichten die Kommunisten nur ein Fünftel parteilicher Stimmen. Aber das Gerüchte, um das Land definitiv in die Arme der Diktatur zu werfen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit:

III/93 - 4.8.48

Die Beschlüsse von Springe

Kommuniquee über die Vorstandssitzung

Die Organisierung einer möglichst schnellen finanziellen Hilfe für Berlin - zu der eine besondere EntschlieÙung bereits veröffentlicht wurde - die Bestätigung der Politik, die zur Einigung in der Frage der westdeutschen Neuordnung geführt hat und eine scharfe kritische Stellungnahme zur Wirtschafts- und Freispolitik des Amtes für Wirtschaft in Frankfurt/M. waren die Kernpunkte einer umfangreichen Tagesordnung, mit der sich eine Sitzung des Vorstandes der SPD am 2. und 3. August in Springe am Deister befaÙte.

Der zweite Vorsitzende, Erich Ollenhauer, berichtete über die einzelnen Phasen der Bemühungen um eine Einigung mit den Besatzungsmächten über eine provisorische Neuordnung Westdeutschlands. Der Parteivorstand stellte sich auf dem Standpunkt, daß in der schließlichen Vereinbarung in allen wesentlichen Punkten ein auf dem Wege offenen Verhandeln zustande gekommenes Kompromiß erreicht worden sei. Er billigte die Haltung der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Der Grundeinstellung der SPD in dieser Frage, der Neuordnung einen provisorischen Charakter und nicht das Gewicht einer regulären Verfassung zugeben, sowie sie möglichst schnell durchzuführen, ist nach Auffassung des Parteivorstandes Rechnung getragen. Bei dieser Gelegenheit kam noch einmal zum Ausdruck, daß die Bildung eines besonderen Büros der Ministerpräsidenten oder eine ähnliche selbständige Einrichtung für überflüssig gehalten wird. Auch die Vertagung einer allgemeinen Revision der deutschen Ländergrenzen auf einen späteren Zeitpunkt wurde gebilligt. Lediglich in Südwestdeutschland verlangte auch nach Auffassung des Parteivorstandes die gegenwärtigen Verhältnisse eine schnelle Änderung.

Die nächsten Arbeiten gelten der Vorbereitung für die Bildung des Parlamentarischen Rates und einen Entwurf für das Grundgesetz. Der Kreis der von der SPD zu benennenden Mitglieder des Parlamentarischen Rates wird sehr bald in enger Fühlung mit den Landtagsfraktionen ausgewählt werden. Für die sozialdemokratischen Vorstellungen zum Grundgesetz sind die verfassungspolitischen Richtlinien der Partei maßgebend, für den vorliegenden Fall wird man insbesondere an einen Entwurf des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Menzel, anknüpfen. Um die endgültige Klärung wird maßgebend der Verfassungspolitische Ausschuß der Partei beruht sein, damit dem Parlamentarischen Rat bei seinem Zusammentreten eine fest umrissene sozialdemokratische Stellungnahme vorliegt.

Mit aller Schärfe wandte sich der Parteivorstand in einer besonderen EntschlieÙung gegen die von Professor Erhard geführte Wirtschaftspolitik in der Doppelzone.

Alfred zu berichtete über die Kassenlage in der Partei nach der Währungsreform.

Gebilligt wurde die Gründung des Zentraler Parteiverlages und eines wöchentlich erscheinenden Zentralorgans der Partei, das noch vor dem diesjährigen Parteitag herauskommen soll.

Einkladungen zum Eintritt in die Europa-Akademie haben Adolf Grimme und Carlo Schmid angenommen. Gegeüber dem Weltkongreß für moralische Aufrüstung empfahl der Parteivorstand Zurückhaltung.

Die Parteivorstandsmitglieder Carlo Schmid und Walter Menzel wurden beauftragt, einen Vorschlag zu einer Amnestie für kleine Steuer- und Wirtschaftsvorgänge auszuarbeiten.

Der Parteivorstand wurde erneut die ihm gegebene Vollmacht bestätigt, alle Schritte zur Wiedererlangung des seinerzeit geraubten Parteivermögens zu unternehmen.

In der Frage Verwaltungsabbau und Beamtenrecht war der Parteivorstand der Ansicht, daß bei Lastenausgleich den Beamten keine Ausnahmestellung zugestimmt werden könne und daß auch ihnen gegenüber von Ausnahmerecht zum Zwecke von Einsparungen (Artikel 27 der Steuerverordnung) unter Umständen Gebrauch zu machen sei. Der Parteivorstand nahm schließlich in Aussicht, die Frage der Neuregelung des Beamtenrechtes generell zu prüfen.

Wirtschaftsirrtrümer auf Kosten der Werktätigen

Die Entscheidung des Parteivorstandes gegen die Politik des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Frankfurt/Main hat folgenden Wortlaut:

Der Vorstand der SPD stellt fest, daß die Währungsreform vom Verwaltungsamt für Wirtschaft missbraucht wurde, die Bewirtschaftung von Mangelwaren weitgehend aufzuheben und die meisten Preisbindungen und -kontrollen zu beseitigen.

Mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes ist der Vorstand der SPD der Überzeugung, daß eine Neuordnung der deutschen Währung unvermeidlich war und daß die Zwangsbewirtschaftung der Verwaltungsämter überall dort abgebaut werden sollte, wo es ohne Nachteil für eine gerechte Versorgung der Werktätigen und Minderbemittelten möglich ist. Die falsche Beurteilung der Wirtschaftsmöglichkeiten durch den Direktor des Verwaltungsamtes für Wirtschaft aber hat zu einem überstürzten Abbau zahlloser Preisbindungen und Preiskontrollen geführt. Sie hat die große Mehrheit der Bevölkerung einem unerhörten Preiswucher ausgeliefert und ihr gleichzeitig den gesetzlichen Schutz gegen diesen Preiswucher versagt. Diese von der CDU-FDP-Mehrheit getragene Politik droht täglich mehr zu einer Gefahr für die Lebenshaltung der breiten Massen zu werden und das Volk in schwerste soziale und politische Krisen zu stürzen.

Der konsequente Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates gegen diese überstürzte und verantwortungslose Politik ist durch die Ereignisse der letzten Wochen gerechtfertigt. Der Vorstand der SPD fordert die Fraktion des Wirtschaftsrates auf, diesen Kampf gegen eine unverantwortliche Ausplünderung der ärmsten Schichten des deutschen Volkes und für eine Revision dieser Politik energisch fortzusetzen. Er bittet alle Parteinstanzen, den Preiswucher mit allen Mitteln zu bekämpfen und fordert die Bevölkerung auf, diesen Kampf gegen Preiswucher und Währungsabotage sowie für eine scharfe Preiskontrolle aller lebenswichtigen Güter durch kraftvolle Protestaktionen zu unterstützen.

Zusätzliche Finanzhilfe für Berlin angeregt

Die am ersten Sitzungstag über die zusätzliche Finanzhilfe für Berlin gefasste Entschloßung lautet:

Schnelle finanzielle Hilfe für Berlin war der erste Punkt der Beratungen des Vorstandes der SPD am 2. August in Springe am Deister. Der Vorstand regte eine möglichst sofortige Initiative der alliierten und der deutschen Instanzen an, einer schnellen und wirksamen finanziellen Beitrag zusätzlich zu dem von den Finanzministern gegebenen 100-Mill.-Kredit für Berlin zur Verfügung zu stellen. Diese Soforthilfe ist angesichts der bewußt destruktiven Politik der SBP und ihrer Auftraggeber notwendig.

Wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, Kredite dieser Art durch die zentralen Instanzen zu gewähren, dann sollten nach Meinung des Parteivorstandes Mittel durch Hinabschiebung der Vermögens- oder Einkommenssteuerermäßigung gewonnen werden. Um schnelle Hilfe sicherzustellen, müßte eine Bevorschussung durch die Zentralbank erfolgen.

Betriebsratswahlen in Köln

sp. Im Gebiet von Köln haben kürzlich die Betriebsratswahlen stattgefunden. Sie erbrachten gegenüber 1947 eine erhebliche Verschiebung zugunsten der SPD. Stark aufgeholt haben die Parteilosen. Alle Gewinne gehen zu Lasten der KP und CDU. Von insgesamt 411 Mandaten entfielen auf die SPD 146, auf die Parteilosen 87, auf die Kommunisten 35 und auf die CDU 43.

Nachstehend haben wir die bemerkenswertesten Einzelergebnisse:

	SPD 1948 (1947)	Parteil. (1947)	KPD 1948 (1947)	CDU 1948 (1947)
Glanzstoff, Köln-Nippes	4 (1)	3 (-)	3 (1)	2 (-)
Hermanns-Brot, Köln-Klettenberg	4 (?)	2 (-)	-	-
Alfred H. Schütte, Köln	3 (1)	4 (6)	-	-
Westwaggon, Köln-Deutz	6 (3)	1 (2)	3 (3)	1 -
Klöckner-Humboldt, Köln-Kalk	16 (10)	- (1)	1 (5)	-
Betriebe der Stadt Köln				
Fuhrpark der Stadt Köln	9 (9)	-	-	-
Garten u. Friedhof	7 (5)	3 (1)	1 (1)	-
Ford, K.-Nischl	5 (1)	-	1 (11)	8 (2)
Dialer-Benz	1 (1)	6 (-)	- (1)	-
Arbeitsamt	3 (4)	-	-	4 (3)